

Die Unruhen in Minneapolis sind eine Erinnerung daran, dass die Polizei weder Sie noch Ihr Eigentum schützt

Von [Ryan McMaken](#) | Mises Institute, 29. Mai 2020

Diesen Artikel als [Audio Mises Wire version](#) anhören.

Plünderungen und Brandstiftungen folgten auf friedliche Proteste als Reaktion auf die offensichtliche Tötung von [George Floyd](#) durch Derek Chauvin, ein mittlerweile ehemaliges Mitglied der Polizei von Minneapolis.

Doch was auch immer der Auslöser für die aktuellen Ausschreitungen in den [Twin Cities](#) war, so ist klar, dass die meisten Immobilienbesitzer und Anwohner dort, wo es zu Ausschreitungen gekommen ist, auf sich allein gestellt sind. Mit anderen Worten, jeder unglückliche Ladenbesitzer oder Bewohner, der sich im Weg der Randalierer wiederfindet, sollte einfach davon ausgehen, dass die Polizei nicht da sein wird, um Schutz vor dem Mob zu bieten.

So [berichtet](#) zum Beispiel die *Minneapolis Star-Tribune*:

Das Polizeirevier in der E. Lake Street war das Epizentrum der Proteste in dieser Woche... In der Nähe wurde auch Minnehaha Lake Wine & Spirits, das in der Nacht zuvor Ziel von Plünderern war, in Brand gesetzt... Am Mittwochabend wurde ein Mann tödlich durch Schüsse verletzt und bis spät in die Nacht plünderten und brandschatzten zahlreiche Menschen Gebäude in der E. Lake Street.

Zuvor hatten Plünderer in St. Paul Fensterscheiben eingeschlagen, stürmten durch aufgebrochene Türen und stahlen Kleidung, Handys, Schuhe und andere Waren aus Geschäften entlang der University Avenue nahe der Kreuzung mit der Pascal Street. Beamte errichteten eine Barrikade vor der Filiale von Target. Doch einen Block weiter bei T.J. Maxx war die Polizei nicht präsent. Dort schlugen die Plünderer die Tür ein und flohen mit Haufen von Klamotten, die sie auf Einkaufswagen stapelten.

Viele Geschäftsinhaber, denen jetzt die Zerstörung durch Randalierer droht, können sich das [nur schwerlich leisten](#):

Viele der zerstörten Geschäfte in diesem Abschnitt der E. Lake Street sind von Einwandern geführte Betriebe, von denen viele bereits während der Corona-Pandemie zu kämpfen hatten. „Jetzt ist es noch schlimmer“, sagte Roberto Hernandez, *der fünf Stunden lang vor seinem Lebensmittelladen Wache stand, um Plünderer abzuwehren.* (Hervorhebung durch den Autor)

[Ein anderer Mann](#), der noch in diesem Jahr eine Sportsbar in der Gegend eröffnen wollte, musste mit ansehen, wie seine Bar zerstört wurde. Es erübrigt sich zu sagen, dass die Polizei bis auf einige wenige Ausnahmen nicht da war, um „zu schützen und zu dienen“ [„protect and serve“].

Zugegebenermaßen ist die Polizei in Fällen wie den Unruhen in dieser Woche zahlenmäßig stark unterlegen und nicht in der Lage, einen allgemeinen Schutz vor Randalierern zu gewährleisten. Selbst wenn sich einzelne Beamte heldenhaft verhalten würden, um die Randalierer von potenziellen Opfern fernzuhalten, könnten sie nur wenig tun, um allen Tätern entgegenzutreten.

Aber Heldentaten hin oder her, das Ergebnis für die Opfer ist dasselbe: Sie müssen sich entweder auf Selbstverteidigung, offizielle private Sicherheitsdienste oder private bewaffnete Freiwillige verlassen, die man wahrscheinlich als „[Bürgerwehr](#)“ abstempeln wird.

Das Unterlassen, steuerzahlende Bürger in einer Vielzahl von Situationen vor Gewalt und Verbrechen zu schützen, gehört zum Standardverfahren von Polizeidienststellen, die rechtlich nicht verpflichtet sind, irgendjemanden zu schützen und bei denen die „Sicherheit der Beamten“ oberste Priorität hat. Die Lektion, die wir hier lernen müssen, ist, dass [der angebliche „Gesellschaftsvertrag“](#) zwischen den Bürgern und dem Staat eine Einbahnstraße ist: Sie zahlen Steuern für polizeiliche „Dienstleistungen“ und die Polizei kann Ihnen im Gegenzug etwas zurückgeben – *oder auch nicht*.

Die Polizei ist nicht verpflichtet, Schutz zu gewähren

In den Vereinigten Staaten ist es inzwischen ein [feststehender Rechtsgrundsatz](#), dass Polizeibeamte und Polizeidienststellen rechtlich nicht dafür verantwortlich sind, wenn sie sich weigern, in Fällen einzugreifen, in denen Privatpersonen in unmittelbarer Gefahr sind oder gar dabei sind, zum Opfer zu werden. Der [Oberste Gerichtshof der USA](#) hat klargestellt, dass die Strafverfolgungsbehörden nicht verpflichtet sind, den Bürgern, die jahrein jahraus für Polizeidienste zahlen müssen, Schutz zu bieten.

[Lesen Sie hierzu auch von Ryan McMaken „[Die Polizei ist nicht verpflichtet, Sie zu schützen – ein Bundesgericht hat das erneut bestätigt](#)“. Bereits ins Deutsche übersetzt und über *David Kopel auf Deutsch* abrufbar.]

Bei inneren Unruhen sollten Sie natürlich darauf gefasst sein, dass die Polizei in Bezug auf den Schutz von Leib, Leben und Eigentum so gut wie nichts tun wird.

Während der Unruhen im Jahr 2014, die auf die Tötung von [Michael Brown](#) durch die Polizei folgten, waren Ladenbesitzer beispielsweise [gezwungen, private Sicherheitsleute zu engagieren](#) und viele mussten sich zum Schutz vor Plünderern auf [bewaffnete Freiwillige](#) verlassen. „Es ist keine Polizei da“, [sagte ein Ladenbesitzer in Ferguson damals zu Fox](#)

[News](#). „Wir haben darauf vertraut, dass die Polizei für Ruhe sorgt, aber sie hat ihren Job nicht gemacht.“

Bekannter sind die Ladenbesitzer, die während der [Unruhen in Los Angeles ihre Läden mit ihren privaten Waffen verteidigten](#):

„Wo ist die Polizei? Wo ist die Polizei?“ flüsterte [Ladenbesitzer Chang] Lee immer wieder von seinem Posten auf dem Hausdach. Lee sah drei Tage lang keine Gesetzeshüter – nur andere koreanische Amerikaner, die von Nachrichtenagenturen fotografiert wurden und wie bewaffnete Milizen aussahen.

Die Sicherheit der Polizisten hat Vorrang

Während der Schießerei an der [Columbine High School](#) in Colorado im Jahr 1999 bildeten die „Ersthelfer“ der Polizei eine Schutzzone vor dem Gebäude und weigerten sich, es zu betreten, da die Situation für die Gesetzeshüter als zu riskant angesehen wurde. Währenddessen wurden drinnen Kinder abgeschlachtet.

Fast zwanzig Jahre später kauerten Polizisten an der Stoneman Douglas High School in Parkland, Florida, hinter Fahrzeugen, während Schüler im Inneren der Schule ermordet wurden.

Aber selbst in Fällen, in denen die Polizei bereit ist, die Gebäude zu betreten und zu versuchen, die Gewalttäter zu überwältigen, kann es sein, dass das Opfer die Polizeibeamten als wenig hilfreich empfindet. Nach den [Daten des Bureau of Justice Statistics](#) aus dem Jahr 2008 betrug die Reaktionszeit der Polizei auf Anrufe im Zusammenhang mit Gewaltverbrechen in einem Drittel der Fälle mehr als elf Minuten. [Zwölf Jahre zuvor](#), im Jahr 1996, als eine ähnliche Erhebung durchgeführt wurde, war die Situation nicht besser. Jetzt, zwölf Jahre nach 2008, gibt es keinen Grund zur Annahme, dass sich etwas verbessert hat.

Elf Minuten sind eine lange Zeit des Wartens, wenn man es mit einem Gewaltverbrecher zu tun hat.

Und wenn die Polizei eintrifft, sollten Sie nicht mit einer kompetenten Reaktion rechnen. Die Fälle von Atatiana Jefferson und Botham Jean geben [einige hilfreiche Hinweise](#).

Laut mehreren Berichten über den [Fall Jefferson](#) rief einer von Jeffersons Nachbarn die Polizei an, damit sie bei Jefferson „nach dem Rechten sieht“, da er befürchtete, dass sie in Gefahr sein könnte. Kurz darauf wurde Jefferson in ihrem eigenen Wohnzimmer von den Gesetzeshütern erschossen. Der Schütze – ein nun ehemaliger Polizist namens Aaron Dean – betrat mitten in der Nacht unangekündigt Jeffersons Privatgrundstück. Er spähte in Jeffersons Fenster und innerhalb von Sekunden hatte der Beamte Jefferson erschossen. Jefferson hatte mit ihrem Neffen Videospiele gespielt.

Ein Jahr zuvor wurde die vormalige [Polizeibeamtin Amber Guyger zu zehn Jahren Gefängnis](#) verurteilt, weil sie Botham Jean in seiner eigenen Wohnung rechtswidrig erschossen hatte. Damals war Guyger eine Polizeibeamtin, die von der Arbeit nach Hause kam. Sie betrat unerlaubt die falsche Wohnung und erschoss Jean – den rechtmäßigen Bewohner der Wohnung – kurzerhand.

Und dann ist da natürlich noch der Fall von [Justine Damond](#), die die Polizei von Minneapolis anrief, um einen möglichen sexuellen Übergriff in der Nähe ihres Hauses zu melden. Als die Polizisten eintrafen, erschossen sie Damond ohne erkennbaren Grund, wenn man von der hysterischer Angst der Gesetzeshüter einmal absieht.

Denjenigen, die sich selbst aktiv zu verteidigen versuchen, geht es kaum besser. Im Jahr 2018 setzte [Richard Black aus Colorado eine Schusswaffe ein, um seinen Enkel gegen einen Eindringling zu verteidigen](#). Leider rief jemand die Polizei. Als die Beamten eintrafen, eröffneten sie das Feuer auf Black [der tödlich getroffen wurde, Anm. d. Übers.], obwohl er nur für den kriminellen Eindringling eine Bedrohung darstellte.

Die Lektion, die man aus all dem lernen kann ist, dass es gelinde gesagt verwegen ist, sich darauf zu verlassen, dass Gesetzeshüter eingreifen, um für „Sicherheit“ zu sorgen, wenn es Probleme gibt.

Denn die Erfahrung hat gezeigt, dass die Polizei [völlig unmotiviert](#) ist, wenn es darum geht, [echte Gewaltverbrechen zu verhindern oder dazu überhaupt zu ermitteln](#). Die Konfrontation mit Gewaltverbrechern ist gefährlich und kostspielig. Daher ist die Polizei viel mehr auf die [Schikanierung von Kleinkriminellen](#) (wie George Floyd) und die [Verfolgung von kleinen Drogendelikten ausgerichtet](#), während parallel dazu Eigentum im Rahmen von Gesetzen zur Beschlagnahme von Vermögenswerten konfisziert wird.

Dadurch werden Einnahmen erzielt, die die Budgets der Behörden aufbessern, während gleichzeitig leichtere Straftäter und nicht so sehr Gewalttäter bevorzugt ins Visier genommen werden. In den Vereinigten Staaten [wird mehr als die Hälfte der schweren Verbrechen nie aufgeklärt](#).

Und dennoch hören wir immer und immer wieder das Märchen, dass die Strafverfolgungsbehörden Schutz bieten, gestohlenen Eigentum wiederbeschaffen und den inneren Frieden sichern werden. Viele Menschen in Minneapolis erleben gerade die Realität.

Über den Autor:

Ryan McMaken ist leitender Redakteur am amerikanischen Mises Institute. An der University of Colorado hat er einen Abschluss in Wirtschaftswissenschaften sowie in Politikwissenschaften gemacht. Für den Bundesstaat Colorado war er als Ökonom in der Wohnungswirtschaft tätig. Er ist auch Autor von [Breaking Away: The Case of Secession, Radical Decentralization, and Smaller Polities](#) sowie [Commie Cowboys: The Bourgeoisie and the Nation-State in the Western Genre](#).

Den amerikanischen Originalartikel „**Minneapolis Riots Are a Reminder That Police Don't Protect You or Your Property**“ kann man hier abrufen: <https://mises.org/wire/minneapolis-riots-are-reminder-police-dont-protect-you-or-your-property>

Weitere Aufsätze von Ryan McMaken in deutscher Übersetzung finden sich hier: <https://www.misesde.org/2011/09/mcmaken-ryan/>

Links, die mit deutschen Seiten verbinden, wurden vom Übersetzer eingefügt.

Übersetzung: August 2023